

Rechtes Auffangbecken?

Kommunalwahl. Sachsen-Anhalt: AfD schützt offenbar Gewalttäter sowie ehemals aktive Neonazis und hetzt gegen Linke

Von Susan Bonath

*Der seriöse Anstrich der AfD in Sachsen-Anhalt verblaßt schnell, beleuchtet man einige Lebensläufe von Kandidaten näher. Hier: Wahlplakate in Halle/Saale
Foto: Peter Endig/ZB*



Kurz vor den Kommunalwahlen, die unter anderem in Sachsen-Anhalt am 25. Mai zusammen mit der Europawahl anstehen, entpuppt sich der Magdeburger

Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) offenbar als Auffangbecken für rechte Gewalttäter. Am Sonntag abend gab der kommissarische Landesvorsitzende der Partei, Tobias Rausch, in einer Presseerklärung den Rücktritt seines Stellvertreters Ronny Kumpf sowie des Magdeburger Spitzenkandidaten Jörg Alsleben bekannt. Sechs weitere Stadtratskandidaten, die als Parteilose für die AfD angetreten waren, wollten im Fall ihrer Wahl ihr Mandat nicht annehmen, informierte er. Der Grund: Am Sonnabend hatte die Magdeburger Volksstimme berichtet, daß die acht AfD-Vertreter wegen teils rechter Gewalttaten polizeibekannt seien und die Partei offenbar »kriminell unterwandert« sei.

Gegen Kumpf, der zugleich Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Magdeburg war, soll in der Vergangenheit wegen Bedrohung und Nötigung ermittelt worden sein. Der Politiker bestritt das nicht, betonte aber, er sei nicht vorbestraft. Gegen Alsleben, dessen Bruder und fünf weitere Kandidaten wird ebenfalls ermittelt, unter anderem wegen Nötigung, Raub und Körperverletzung. Alsleben soll zudem gegen das Waffengesetz verstoßen haben. Außerdem läuft gegen ihn laut Volksstimme nach einem Angriff auf Mitarbeiter des Magdeburger Ordnungsamtes am 2. Mai ein Verfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und einer Gewalttat. Beatrix Mertens, Sprecherin der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, bestätigte letzteres auf jW-Nachfrage. Auch gegen Kumpf ermittle die Polizei wegen eines Gewaltdelikt, so Mertens. Zu den Vorwürfen gegen die anderen Kandidaten könne sie derzeit nichts sagen, dementierte sie aber nicht.

AfD-Landeschef Rausch beteuerte gegenüber jW, »entsetzt und schockiert« über die Nachrichten zu sein. Die Anschuldigungen gegen Kumpf wies er jedoch als »falsch« zurück. Über den Wahrheitsgehalt aller weiteren Vorwürfe wollte er nicht spekulieren. Die Kandidaten hätten unabhängig davon Konsequenzen gezogen, erklärte er. Sie wollten damit den AfD-Verband vor »weiteren Angriffen« schützen. Den sieht Rausch keineswegs kriminell unterwandert. Er versprach aber, Hintergründe zu prüfen.

Von jW damit konfrontiert, räumte der AfD-Landesvorsitzende allerdings die rechtsradikale Vergangenheit des zurückgetretenen Spitzenkandidaten Alsleben ein, die bislang kaum thematisiert worden war. Alsleben hatte sich vor 20 Jahren an den »Himmelfahrtskrawallen« in Magdeburg beteiligt, die selbst bürgerliche Medien als »die schlimmsten fremdenfeindlichen Übergriffe seit den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen« bezeichnet hatten. Damals jagten Neonazis Migranten und Behinderte durch die Innenstadt und mißhandelten sie brutal. Die Polizei griff kaum ein und nahm später statt der Täter zunächst Migranten fest, die sich teils mit Messern gewehrt hatten. Die Neonazis hatten unter anderem den 30jährigen Algerier Farid Boukhit mit Holzknüppeln so übel zugerichtet, daß er vier Monate später seinen Verletzungen erlag. Die Aufklärung der Vorfälle gestaltete sich zäh. Gegen 86 mutmaßliche Angreifer sowie 15 Polizeibeamte wurde ermittelt. Die Beamten und die meisten Verdächtigen kamen jedoch mit einem Freispruch davon. Alsleben war unter den acht zu Gefängnisstrafen verurteilten Neonazis. Bis heute hat der AfD-Kader offensichtlich nicht mit seiner Gesinnung gebrochen. Vergangenes Jahr soll er Gäste und Personal in einer Magdeburger Bar mit Baseballschlägern malträtiert und deshalb vor Gericht gestanden haben.

Statt in seinen eigenen Reihen aufzuräumen, fahndet der Magdeburger AfD-Verband lieber in der Linkspartei nach vermeintlichen »Gewalttätern«. Aktuell hat er sich auf einen Stadtratskandidaten dieser Partei eingeschworen, der dazu aufgerufen hatte, eine Wahlveranstaltung der AfD zu stören. Dieser »Aufrührer« habe eine »Affinität zu gewaltbereiten kriminellen Gruppen«, die »unter dem Deckmantel des Antifaschismus Jagd auf Andersdenkende« machten, wetterten die Freunde des deutschen Kapitals am 13. Mai. Als Beleg führten sie die Proteste gegen den jährlichen Januar_aufmarsch von Neonazis in Magdeburg an, an denen sich der Politiker der Linkspartei beteiligt hatte. Unmißverständlich stellte die AfD anbei klar: Ihr Feind steht links. Von »denen« werde man sich »nicht aufhalten lassen«.